

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-678/687/683
Fax: 0711-2063-660
e-mail: schmitt@gruene.landtag-bw.de
<http://gruene.landtag-bw.de>

Nr. 112/01

Stuttgart, den 11.6.2001

Grüne kritisieren LKW-Maut-Vorschlag von Verkehrsminister Müller

MdL Boris Palmer: "Besser wäre LKW-Maut fürs ganze Straßennetz"

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, kritisierte Landesverkehrsminister Müller wegen seines Vorstoßes, die geplante LKW-Maut auf den ersten 50km nicht zu erheben: "Das Problem einer möglichen Verlagerung des LKW-Verkehrs von den Autobahnen auf Bundesstraßen ist nicht wegzudiskutieren. Statt die LKW-Maut zu durchlöchern, noch bevor sie eingeführt wird, sollte Müller sich für eine Erhebung der Maut auf dem gesamten Straßennetz einsetzen. Die Schweiz macht seit 1. Januar mit der LSV vor, dass das funktioniert."

Die Bundesregierung ist bislang durch EU-Recht daran gehindert, eine Maut auf dem gesamten Straßennetz zu erheben. Das EU-Recht erlaubt jedoch nach Auffassung Palmers, zumindest auf vierstreifig ausgebauten Bundesstraßen die Erhebung der LKW-Maut. Auch in Grenzregionen ist wegen des Transitverkehrs die Gebührenerhebung auf Straßen möglich, die nicht als Autobahn deklariert sind.

Müllers Ansatz zur Lösung des Ausweichverkehrs hält Palmer für verfehlt. "Die ökologische und verkehrliche Lenkungswirkung der LKW-Maut ist bei einem Preis, der nur ein Drittel des Schweizer Niveaus betragen soll, stark begrenzt. Sie darf nicht durch Ausnahmen weiter unterhöhlt werden. Überdies ist Müllers Vorschlag schwer zu handhaben. Zum Beispiel könnten Spediteure versucht sein, ihre Fahrer gelegentlich zum Verlassen der Autobahn zu motivieren, um den 50km-Bonus mehrfach in Anspruch zu nehmen", betonte der Verkehrspolitiker der Grünen.

Richtig ist für Palmer ein zweigleisiges Vorgehen: "Die Einführung der Maut darf nicht verzögert werden. Deshalb ist sie zunächst auf den Autobahnen und allen Bundesstraßen zu erheben, die dafür nach EU-Recht geeignet sind. Parallel muss auf eine Änderung des EU-Rechts hingewirkt werden, um die Erhebung der Maut auf dem gesamten Straßennetz zu ermöglichen. Nur damit wird das Problem des Ausweichverkehrs effektiv gelöst."